

# Gemeinden halten an Glasfaser-Ausbau fest

Das Vorpreschen der Swisscom in Willisau droht das Glasfaser-Projekt «Prioris» zu untergraben. Nun haben sich die Projektverantwortlichen erklärt – sie zählen auch auf Unterstützung aus der nationalen Politik.

Federico Gagliano

Internet ist ein Grundbedürfnis – spätestens in Zeiten von Homeschooling und Homeoffice ist das jedem klar geworden. Noch haben jedoch nicht alle Zugriff auf schnelles Internet. Besonders auf der Landschaft hinkt der Glasfaserausbau den Städten weit hinterher. Dies wird sich vorerst auch nicht ändern, wenn es nach der Swisscom geht: Der Grundversorger in der Telekommunikation konzentriert sich vorwiegend auf die Bauzonen der Gemeinden, zum Beispiel in Willisau (wir berichteten).

Wer sich ausserhalb dieser Zone befindet, muss sich mit alternativen Lösungen begnügen, die oft teurer sind und nicht die gleiche Stabilität wie Glasfaser aufweisen. Für 21 Luzerner Gemeinden im Luzerner Hinterland und im Entlebuch ist dies inakzeptabel – im Projekt «Prioris» haben sie sich zusammengeschlossen, um ein flächendeckendes Glasfasernetz aufzubauen, das schnelles Internet in jeden Haushalt bringen soll – auch ausserhalb der Bauzonen. Die Planung begann 2020 und geht nun in die entscheidende Phase, wie am Mittwoch an einer Medienkonferenz mitgeteilt wurde.

## «Der Stadt-Land-Graben ist real»

«Der Bedarf an Datenvolumen steigt jährlich um 50 Prozent – und das seit 40 Jahren», sagte Guido Roos, Geschäftsführer des regionalen Entwicklungsträgers Luzern West und Mitglied des Steuerungsausschusses von «Prioris». Für ihn sei klar, dass Glasfaser die beste Lösung sei, um dieser Entwicklung langfristig gerecht zu werden. Glasfaser biete eine unbegrenzte Leistung, sei günstig im Unterhalt und einfach zu ersetzen.

Dass dringend Modernisierungsbedarf bestehe, sei ausser Frage. Momentan zahle man auf dem Land für jedes Megabit pro



Bald sollen solche Glasfaser-Ladungen auch ins Luzerner Hinterland geliefert werden.

Symbolbild: Ralph Ribl (Mörschwil, 13. 10. 2021)

Sekunde teilweise fast zehnmal so viel wie in der Stadt – vorausgesetzt, man hat überhaupt einen Internetanschluss. «Der Stadt-Land-Graben ist real, zumindest im technologischen Bereich», sagt Roos. «Mit der Zeit könnten Gebiete durch den Mangel an schnellem Internet nicht lebenswert werden.»

Inzwischen habe man einen Partner aus dem Ausland gefunden, mit dem man den Glasfaserausbau voranbringen will. «Wir befinden uns kurz vor Vertragsabschluss», sagt Valentin Wepfer, Projektleiter von «Prioris». Der Name des Partners soll zu einem späteren Zeitpunkt verraten werden. Das Unternehmen sei aber gründlichst geprüft worden und habe in einem Nachbarland bereits ähnliche Projekte begleitet, sagt Wepfer. Die nächste Hürde seien die Umnüchungen in den Gemeinden, die dieses Jahr folgen sollen.

## «Solidarität ist ein Grundpfeiler des Projekts.»

Franzsepp Erni  
Ruswiler Gemeindepräsident

Zwar übernehme der Partner die Hauptkosten, die Gemeinden beteiligen sich aber mit 7,5 Millionen Franken. Liegen-

schaftsbesitzende sollen sich zusätzlich mit einem einmaligen Betrag an der Erschliessung beteiligen. Damit das Projekt funktioniert, müssen die Gemeinden zusammenhalten: «Solidarität ist ein Grundpfeiler des Projekts», sagt Franzsepp Erni, Präsident des Steuerungsausschusses von «Prioris» und Gemeindepräsident von Ruswil, eine der 21 beteiligten Gemeinden. Genau diese Solidarität wird dieses Jahr auf die Probe gestellt, wenn die Gemeinden über das Projekt abstimmen.

## Swisscom will «nicht weiter zuwarten»

Dieser solidarische Gedanke wird nämlich von der Swisscom untergraben, monieren die Projektverantwortlichen. Da das Telekommunikationsunternehmen den Ausbau des eigenen Netzes vorantreibt, entstehe ein Ungleichgewicht in den Ge-

meinden. Der Wille, den Kosten für den Ausbau zuzustimmen, könnte sinken, wenn manche bereits ans Glasfasernetz angeschlossen sind.

«Während die Einwohnerinnen und Einwohner in kommerziell interessanten Gebieten mit Glasfaser erschlossen werden, bleibt die Bevölkerung in umliegenden Gebieten abgehängt», sagt Daniel Bammert, Willisauer Stadtammann und ebenfalls im Steuerungsausschuss von «Prioris». In seiner Gemeinde, die grösste der am Projekt beteiligten, wären rund 1800 Personen davon betroffen.

Dabei habe man lange das Gespräch mit der Swisscom gesucht und verschiedene Varianten angeboten – ohne Erfolg. «Swisscom könnte mitprofitieren, wir sind immer noch offen für eine Kooperation», sagt Wepfer. Auf Anfrage unserer Zeitung sagt die Swisscom dazu:

«Swisscom ist sehr interessiert an einer Zusammenarbeit. Wichtig für einen gemeinsamen Ausbau ist aber, dass Swisscom ebenfalls selber mit ausbauen kann. Über das Ausbaugbiet kann dann gemeinsam entschieden werden, hier wäre auch ein Ausbau von 90 bis 100 Prozent möglich, wenn der Kooperationspartner dies wünscht. Wir möchten aber, dass unsere Kunden so rasch wie möglich von Glasfaser profitieren und können darum mit dem Ausbau nicht weiter zuwarten.» Gemäss Wepfer werde man weiter das Gespräch suchen.

## Regierungsrat unterstützt Gemeinden

Rückhalt gibt es aus der Politik. Regierungsrat Fabian Peter hat das letzte Angebot an die Swisscom mitunterzeichnet. Der Kanton strebe an, bis 2030 die Breitbandversorgung im ländlichen Raum massgeblich zu verbessern, heisst es in einer «Prioris»-Medienmitteilung. Das Projekt sei entscheidend, um dieses Ziel zu erreichen. Überparteiliche Unterstützung gibt es auch von Mitgliedern des National- und Ständerats, darunter Franz Grüter (SVP), Andrea Gmür (Mitte), Damian Müller (FDP), Roland Fischer (GLP) und Michael Tönggi (Grüne).

Für Sandra Cellarius, Vizepräsidentin des «Prioris»-Steuerungsausschusses und Gemeindepräsidentin von Pfaffnau, ist die Situation frustrierend: «Wir haben schon lange vor dem Projekt mit der Swisscom nach Lösungen gesucht. Damals hiess es, es gäbe keine. Jetzt, als wir eine eigene Lösung gefunden haben, geht es plötzlich.» Der «Prioris»-Steuerungsausschuss hoffe nun, dass alle Betroffenen am gleichen Strick ziehen. Ab Ende der Sommerferien soll in allen beteiligten Gemeinden über das Projekt und die finanzielle Beteiligung entschieden werden. Bei einer Zustimmung wird das Glasfasernetz zwischen 2023 bis 2028 erstellt.

Freiamt

## Entscheidet jetzt das Bundesgericht?

In Rottenschwil sollen fast alle Rechtsvortritte verschwinden. Dagegen erhob ein Einwohner Beschwerde – bisher vergeblich.

Melanie Burgener

Eigentlich gilt in Rottenschwil an insgesamt zehn Ausfahrten auf die Kantonsstrasse Rechtsvortritt. Doch dass an diesen Stellen ein Fahrzeug tatsächlich anhält, ist eine Seltenheit. Das weiss die Einwohnerschaft der betroffenen Nebenstrassen gut. Auch dem Gemeinderat und dem Kanton ist diese Situation aufgrund von Messungen bewusst.

So wurden beispielsweise an den Einmündungen Hinterfeldstrasse und Werdstrasse im Juni 2021 an zwei Tagen während je 15 Stunden Videoaufzeichnungen gemacht. Darauf war zu er-

kennen, dass 89 Prozent der Fahrzeuge auf Höhe der Rechtsvortritte nicht merklich gezögert haben. In 126 konkreten Fällen (88%) kam es zu einer Vortrittsmissachtung, nur 16 Autofahrende (12%) haben gebremst.

Auf diese Zahlen des Departements Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons Aargau (BVU) wird nun in einem aktuellen Entscheid des Verwaltungsgerichtes verwiesen. Denn gegen die geplanten Vortrittsänderungen im Dorf hat eine Person Einsprache erhoben. Die Beschwerde wurde vors Verwaltungsgericht gezogen, das am 1. März darüber

entschieden und das Urteil kürzlich veröffentlicht hat.

## Für mehr Sicherheit auf dem Schulweg

Verwirrung herrscht in Rottenschwil, weil keiner der zehn Rechtsvortritte signalisiert ist. Deshalb entschieden Gemeinderat und Kanton, dass an den Einmündungen Sonnenrain, Mäschacker, Obere Rebbergstrasse, Weidli, Zinslandstrasse, Rütimattenstrasse, Seematten, Bündtenacker und Allmendstrasse kein solcher mehr gelten soll. An den Ausfahrten der Werd- und der Hinterfeldstrasse jedoch soll

die Regelung bestehen bleiben und gekennzeichnet werden. Weshalb hier eine Ausnahme gemacht werde, nicht aber an der Einmündung zu seinem Wohnquartier, war dem Einsprecher unbegreiflich.

Doch die zuständigen Instanzen haben eine einfache Erklärung: Beide Ausfahrten befinden sich im Dorfkern, der täglich von vielen zu Fuss Gehenden benützt wird und nahe der Schule liegt. «Die Behörde verspricht sich an den betreffenden Stellen eine höhere Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmenden», heisst es im Urteil.

Zudem bemängelte der Einsprecher, dass die Instanzen bisher fälschlicherweise von einer Hauptstrasse gesprochen hätten, obwohl es eine Kantonsstrasse sei. Weiter argumentierte er, dass die Aufhebung des Rechtsvortrittes an der Einmündung zu seinem Wohnquartier nicht rechtmässig sei, da eine Lärmschutzwand die Sicht behindere.

## Einsprecher muss Gebühren selbst bezahlen

Auch diese Argumente weist das Verwaltungsgericht ab. Die Strasse sei richtig bezeichnet worden, der Regierungsrat habe

in seinem Entscheid im April 2022 beispielsweise geschrieben: «Bei der durch Rottenschwil führende Kantonsstrasse K358, welche den Namen «Hauptstrasse» trägt, handelt es sich nicht um eine mit dem Signal «Hauptstrasse» gekennzeichnete, vortrittsberechtigende Strasse.» Zudem würden Pläne zeigen, dass das Sichtfeld vor Ort genügend gross sei.

So blitze der Rottenschwiler erneut ab. Die Gebühren von 2224 Franken muss er selbst bezahlen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig und kann ans Bundesgericht weitergezogen werden.